

Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen  
VII (2006)

Schriftenreihe der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen  
Band 18

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.  
Stiftung Frauen in Europa

Mechthild Veil / Margret Krannich (Hrsg.)

## Gesellschaftliche Perspektiven: Frauen in Osteuropa

Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung  
Hessen e.V., Band 7 (2006)

Mit Beiträgen von:

Božena Choňuj, Barbara Dietz, Gesine Fuchs,  
Hana Havelková, Noémi Kiss, Beata Kozak,  
Marie Saša Lienau, Dunja Melčić, Mechthild Veil

Mechthild Veil / Margret Krannich (Hrsg.)  
Gesellschaftliche Perspektiven: Frauen in Osteuropa  
ISBN 978-3-89861-749-9

1. Auflage Februar 2007  
Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen  
Gesamtausstattung: Klartext Verlag, Essen  
© Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V., Frankfurt am Main 2007  
© Stiftung Frauen in Europa, Frankfurt am Main 2007  
© Klartext Verlag, Essen 2007  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany

[www.klartext-verlag.de](http://www.klartext-verlag.de)

## Inhalt

Margret Krannich, Mechthild Veil Vorwort .....	7
<i>Frauen in Osteuropa</i>	
Noémi Kiss Facetten. Repräsentation der Frau in der zeitgenössischen ungarischen Literatur ..	15
Gesine Fuchs Politik und politische Partizipation von Frauen: Neue Wünsche, neue Formen .....	29
Dunja Melčić Die Partizipation von Frauen im politischen Establishment Kroatiens ..	41
Bożena Chołuj Geschlechterbeziehungen: Balance zwischen Aufbruch und Rekonstruktion .....	53
Beata Kozak Feminismus und Frauen in polnischen Medien .....	63
Marie Saša Lienau Häusliche Gewalt in der Tschechischen Republik .....	69
Hana Havelková Die Rückkehr nach Europa: Frauen in der tschechischen Gegenwart .....	77
Mechthild Veil Einige weiterführende Überlegungen .....	85

## Außerhalb der Reihe

Barbara Dietz EU-Erweiterung und Ost-West-Migration nach Deutschland .....	91
Zu den Autorinnen .....	105
Zur Heinrich-Böll-Stiftung Hessen .....	107
Zur Stiftung Frauen in Europa .....	109
Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen 2006 .....	111
Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen .....	115

## Vorwort

Mit der Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 hat die EU nicht nur zehn neue Länder, sondern auch verschiedene Erfahrungen mit der Transformation ehemals sozialistischer Staaten in Demokratien aufgenommen. Die Lebenswelten von Frauen in Politik und Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie haben sich stark verändert. Frauen haben ganz wesentlich zur zivilgesellschaftlichen Bewältigung der Umbrüche beigetragen und dabei eine erstaunliche Dynamik entwickelt, die in Westeuropa noch zu wenig wahrgenommen wird.

Der hier vorliegende Band geht auf eine Tagung »Frauen im erweiterten Europa« zurück, die die Stiftung Frauen in Europa, die Heinrich-Böll-Stiftung Hessen und die Heinrich-Böll-Stiftung Bund im November 2005 in Frankfurt am Main veranstaltet haben. Die Tagung war gleichzeitig die Gründungsveranstaltung der Stiftung Frauen in Europa, die als private Stiftung die Beteiligung von Frauen im zivilgesellschaftlichen Prozess der Einigung Europas und dabei vor allem Frauen in Mittel- und Osteuropa in Wissenschaft, Forschung und Kultur fördert.

Thema der Tagung waren zum einen die Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Mittel- und Osteuropa seit der Wende sowie insgesamt ihre Rolle in Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Zum anderen ging es um neue und alte Leitbilder von Frauen und um die Frage, ob und wie sich im Zuge der Transformationsprozesse die Selbst- und Fremdbilder von Frauen verändern, ob neue Weiblichkeitsbilder entstehen oder ob wir eine Renaissance konventioneller und scheinbar überholt geglaubter Frauenbilder erleben.

Die Publikation enthält Beiträge sowohl von Wissenschaftlerinnen als auch von Aktivistinnen in verschiedenen Frauennetzwerken und beleuchtet von daher aus unterschiedlichen Blickwinkeln die gestaltende Präsenz von Frauen in den Transformationsprozessen Mittel- und Osteuropas, insbesondere in Polen und Tschechien als den an Deutschland unmittelbar angrenzenden Nachbarländern. Die Tagungsbeiträge wurden für die Publikation überarbeitet und aktualisiert.

Den Beitrag von *Noémi Kiss* haben wir bewusst an den Anfang gestellt, lädt er doch zu einem ungewöhnlichen Ausflug in die zeitgenössische Literatur von Frauen in Ungarn ein. Diese versuchen vor allem seit Mitte der 1990er Jahre auf subversive und ironische Art, ein anderes Bild von Frauen zu kreieren und ihr eigenes Selbst offen zu reflektieren. *Noémi Kiss* zeigt auf, wie alte Stereotypen, die alte Metaphorik und »übertriebene Weiblichkeit« verschwinden und etwas Neues geschieht: Die Literatur von Frauen sucht nach ihrer eigenen, freien und reflektierten Sprache, um die Komplexität und Eigenart der osteuropäi-

## Politik und politische Partizipation von Frauen: Neue Wünsche, neue Formen

Gesine Fuchs

### Einführung

Etwa Mitte der neunziger Jahre waren die wissenschaftlichen Zeitschriften voll von Erklärungen, warum sich Frauen in Osteuropa nicht gegen ihre schlechte Situation organisieren und niemals Feministinnen sein würden, warum sie mit den neuen Eliten einer Meinung oder einfach politisch passiv seien. Aber – Frauen organisierten sich doch und betreiben regional, national und supranational Politik. Entscheidend dafür war die Demokratisierung, die die Möglichkeiten, Legitimität und Notwendigkeiten zur politischen Organisation schuf. So fasst das Schlagwort von neuen Wünschen und neuen Formen beim Thema politischer Beteiligung vielschichtige Entwicklungen und Gelegenheiten zusammen.

Erst die demokratischen Umbrüche mit der Garantie der Bürger- und Menschenrechte, z. B. der Organisations- und Pressefreiheit, boten Frauen die Möglichkeit, sich überhaupt offen zusammenzuschließen, zu diskutieren, und sich für ihre Interessen auch einzusetzen. Parlamente wurden zu echten Entscheidungsgremien, in denen ein hoher Frauenanteil nicht mehr durch Einheitslisten garantiert wurde. Die faktische Macht hatte im Realsozialismus in den Händen der Partei bzw. des ZK und des Politbüros gelegen – fast frauenfreie Zonen. Die Demokratisierung bot außerdem die Möglichkeit internationaler Vernetzung, der Kooperation und konzertierter Handlungen.

Neue Wünsche entstanden und entstehen mit dem neuen System. Mit Demokratisierung, Einführung der Marktwirtschaft und teilweise territorialer Neubestimmung waren große Veränderungen verbunden. Es gab und gibt ökonomischen, politischen und kulturellen Druck auf das für Frauen im Realsozialismus Erreichte – wie ökonomische Unabhängigkeit, Ausbildung, Verfügungsmacht über den eigenen Körper. Es gab und gibt Tendenzen, traditionelle Geschlechterrollen ein wenig modernisiert wieder zur Geltung zu bringen. Schließlich sind in unterschiedlichem Maße auch »alte« Probleme wie etwa die jahrzehntelang unveränderten Männerrollen artikulierbar und politisierbar geworden.

Eine ausgewogene politische Beteiligung von Frauen und Männern kann als eine wesentliche Voraussetzung für eine konsolidierte Demokratie angesehen werden. In den neuen staatlichen Institutionen ist die weibliche Beteiligung und Repräsentation marginal: Durchschnittlich beträgt der Frauenanteil in den Parlamenten 17 % (alte EU-15: 25 %), in den Regierungen nur 14 % (alte

EU-15: 28%). Doch wie sieht das Engagement von Frauen in der Zivilgesellschaft aus? Beide Formen politischer Beteiligung ergänzen und beeinflussen sich gegenseitig. Ist die Hoffnung auf positive Effekte aus der Zivilgesellschaft in die politischen Institutionen gerechtfertigt?

Ich möchte im Folgenden die politische Beteiligung von Frauen in der Zivilgesellschaft der neuen osteuropäischen Mitgliedsländer analysieren. Die Partizipation in Parteien, Parlamenten und Regierungen habe ich mit Beate Hoecker an anderer Stelle ausführlich problematisiert.<sup>1</sup>

Die feministische Partizipationsforschung führt die Unterrepräsentierung von Frauen in der institutionellen Politik auf das Zusammenspiel verschiedener Faktoren zurück, um systematische Zusammenhänge und Bestimmungsfaktoren für politisches Verhalten zu bestimmen. Sie argumentiert, dass

- sozioökonomische Struktur (Ausbildung, Einkommen, Berufstätigkeit, Lebenssituation)
- politische Kultur (Sozialisation, Frauenwahlrecht, elitäre vs. egalitäre Handlungsmuster und Wertorientierungen, Einfluss der – katholischen – Kirche)
- Ausgestaltung der Institutionen (Parteiensystem, Wahl- und Rekrutierungssystem)

drei miteinander verbundene Bestimmungsfaktoren für politische Partizipation sind. Das konkrete Handeln politischer Akteurinnen wird von diesen Faktoren beeinflusst. Umgekehrt können Politikerinnen an diesen Umständen ansetzen, um ihre Repräsentation zu verbessern und ihre Ziele zu erreichen.

Sozioökonomische Struktur und politische Kultur prägen in gleichem Maße, die institutionelle Ausgestaltung abgeschwächt das Engagement in der Zivilgesellschaft. Nach dem »Sozioökonomischen Standard-Modell« steigt die politische Beteiligung proportional mit Ausbildung, Einkommen und Berufstätigkeit an. Diese Tendenz gilt auch für so genannte nicht-verfasste Partizipationsformen (vgl. Westle 2001). Ermutigend in den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten ist, dass Frauen gut ausgebildet sind, durchschnittlich sogar besser als die Männer. Typisch für die realsozialistischen Länder war außerdem eine hohe Erwerbsbeteiligung. Diese ist im Zuge der tief greifenden wirtschaftlichen Transformation für Männer wie für Frauen gesunken, doch sind die Unterschiede bei der Beschäftigung zwischen den Geschlechtern weniger ausgeprägt als im westlichen Teil Europas. Insgesamt sind dies gute Voraussetzungen für die politische Beteiligung und Repräsentation von Frauen. Auf der anderen Seite ist die Beschäftigungsstruktur in diesen Ländern geschlechtsspezifisch segregiert, wobei Frauen in den schlecht bezahlten und schlecht angesehenen

<sup>1</sup> Vgl. das Handbuch Hoecker/Fuchs 2004 und Fuchs/Hoecker 2004. Für eine Aktualisierung der Zahlen sei auf die Datenbank der Europäischen Kommission verwiesen: [europa.eu.int/comm/employment\\_social/women\\_men\\_stats/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/employment_social/women_men_stats/index_de.htm)

Berufen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen überwiegen. Frauen mangelt es häufiger an mobilisierbaren beruflichen Ressourcen und wichtigen Netzwerken, wie sie berufliche Führungspositionen mit sich bringen.

Politische Kultur in Ostmitteleuropa wird häufig als überwiegend paternalistisch und elitistisch beschrieben, was ein großes Hemmnis zur politischen Beteiligung von Frauen darstellt. Traditionelle Geschlechterrollen sind in Osteuropa akzeptiert, sie konkurrieren mit dem Bild der erwerbstätigen Frau: Der Sozialismus hat nicht die Geschlechterrollen verändert, sondern hat die sozialistische Arbeiterin zum Bild der traditionellen Mutter hinzugefügt. Dabei blieben die Männerrollen unangetastet oder wurden sogar durch das Image des starken sozialistischen Industriearbeiters gestärkt. Dies mündete in die Realität von »Super-Woman and the Double Burden« (so der Titel eines Buches von 1992). Traditionelle Geschlechterrollen werden heute reproduziert, vor allem durch die Medien und die Populärkultur. Starke religiöse Bindungen, besonders an die katholische Kirche, haben einen negativen Einfluss auf die Akzeptanz von Frauen in politischen Rollen. Ein liberal-individualistischer Diskurs hemmt überdies Diskussionen über strukturelle Benachteiligungen von Frauen. Doch Traditionen, Werte und Meinungen sind auch immer umstritten, können sich widersprechen, und es existieren sehr unterschiedliche Normen in einer Gesellschaft nebeneinander. Wo sehr konservative Werte vorherrschen, können sich politische Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung eröffnen. Die weit verbreiteten egalitären Traditionen in Osteuropa könnten dazu beitragen, denn soziale Gleichheit ist ein anerkannter Wert in großen Teilen der Gesellschaft.

Die Verbesserung der Partizipation und Repräsentation in einem patriarchal geprägten Kontext kann nur gelingen, wenn die Partizipation und Interessenvertretung von Frauen als legitim, notwendig und wichtig angesehen wird. Hierfür sind Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen erforderlich. Sie verändern kulturelle Normen, Identitäten und Diskurse. Sie setzen Themen auf die Agenda, legitimieren Frauen als Politikerinnen und liefern Argumente für mehr Frauen in politischen Institutionen (für Osteuropa: Fuchs/Hinterhuber 2003). Politikerinnen stehen somit immer, auch wenn sie feministische Positionen nicht teilen, auf den Schultern der Frauenbewegung. Was passiert also in der Zivilgesellschaft?

## 1. Frauen in der Zivilgesellschaft

Die demokratischen Umbrüche in Osteuropa waren mit einer Konjunktur des Begriffs der Zivilgesellschaft verbunden. Zivilgesellschaft war Kampfbegriff, ein Programm zur gesellschaftlichen Unterminierung des Staatssozialismus, ist aber auch ein analytisches Konzept, um den Raum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu fassen. In meinem offenen Konzept der Zivilgesellschaft (vgl. Fuchs 2003: 27–32) sind folgende Faktoren kennzeichnend:

- Zur Zivilgesellschaft gehören freiwillige Zusammenschlüsse, Organisationen, soziale Bewegungen und Formen öffentlicher Kommunikation;
- Sie ist von der politischen Gesellschaft im engeren Sinne getrennt, versucht aber, diese zu beeinflussen;
- Zivilgesellschaft ist ein Raum zur Formulierung von und zur Auseinandersetzung mit Interessen, Werten und Identitäten;
- Zivilgesellschaft braucht rechtsstaatliche Garantien und Gewaltfreiheit.

Damit ist die Zivilgesellschaft eine der wichtigsten Ressourcen für eine Festigung der Demokratie. Ihr werden im allgemeinen vier Funktionen zugeschrieben, die sich gegenseitig ergänzen:

- Sie schützt individuelle Rechte und Individuen vor staatlichen Übergriffen;
- Sie vermittelt zwischen Staat und sozialen Netzwerken und stiftet Gemeinschaften; Sie gilt als Schule der Demokratie, in der Bürgertugenden wie Toleranz und Vertrauen wachsen können;
- Sie ist der Raum für Teilhabe an der demokratischen Willensbildung, insbesondere auch für schwer organisierbare oder benachteiligte Interessen.

Die zivilgesellschaftliche Organisation von Frauen verspricht also großes Potenzial. Sind diese Erwartungen gerechtfertigt?

### 1.1 Der NGO-Sektor in Zahlen

Die Landschaft der Nicht-Regierungsorganisationen hat sich in den letzten 15 Jahren dynamisch entwickelt.<sup>2</sup> In Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn sind Zehntausende von Organisationen in den Gerichtsregistern eingetragen. Sie decken das ganze Spektrum bürgerschaftlichen Engagements ab. Im Vergleich zu Westeuropa ist der Sektor bildungs- und kulturdominiert, während das Engagement im Bereich Soziales und Gesundheit relativ klein ist. Auch in absoluten Zahlen ist der NGO-Sektor in diesen Staaten klein – in einem 35-Länder-Vergleich kam das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project zum Ergebnis, dass durchschnittlich 4.4% der Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft im Non-Profit-Sektor geleistet wird. In Osteuropa sind es nur 1.1% (Global Civil Society 2003: 49). NGOs in Osteuropa sind finanziell nicht selbsttragend. Zu etwa 30% bekommen sie ihre Gelder vom Staat. Insbesondere für Frauenorganisationen, die sich mit nicht-hegemonialen, unangenehmen oder tabuisierten Themen befassen, sind ausländische Gelder unverzichtbar. Natürlich stellt sich hier die Frage der Nachhaltigkeit; viele sinnvolle Projekte können nach Auslaufen der Gelder nicht anders weiter finanziert werden. Viele westliche Geberorganisationen haben, auch mit dem Argument nun

2 Vgl. den praxisorientierten Überblick bei Zimmer/Priller 2004.

zugänglicher EU-Gelder, ihre Zelte abgebrochen und sind weiter gen Osten gezogen. Es sind aber rühmliche Ausnahmen zu nennen, etwa die Heinrich-Böll-Stiftung oder die Friedrich-Ebert-Stiftung.

### 1.2 Zivilgesellschaft – eine Frauendomäne?

Mit den Demokratisierungsprozessen gingen viele ehemals oppositionelle Führungskräfte in die Politik, in Parlamente und Regierungen – in Arenen also, die Frauen nicht eroberten. Sind die Frauen nach 1989 also in der Zivilgesellschaft zurückgeblieben? Die geschlechtersensible Forschung hat immer wieder darauf hingewiesen, dass Frauen in nicht-institutionalisierten und zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen stärker involviert seien. Über die Gründe einer solchen geschlechtsspezifischen Beteiligungsweise an Politik ist wenig geforscht, doch viel spekuliert worden (vgl. Geißel/Penrose 2003: 12). Die Vorstellung einer frauenfreundlichen Zivilgesellschaft ist allerdings auch in den neuen Mitgliedsstaaten eine schöne Fiktion. Aktuelle Daten aus Polen aus der jährlichen Umfrage der Datenbank KLON/JAWOR für das Jahr 2004 verdeutlichen dies: Zwar sind 60% der Beschäftigten von NGOs Frauen, doch ihr Anteil in Vorständen beträgt nur ein Drittel. 28% der Vorstände sind frauenfrei, nur 8% männerfrei. Der Frauenanteil bei Freiwilligen beträgt 35%, bei Mitgliedern 39% (Gumkowska/Herbst 2005: 19f.). Erklärt wird dies mit weniger Zeit und Abkömmlichkeit von Frauen der mittleren Altersgruppe, die sich am ehesten ehrenamtlich engagiert.

Frauenorganisationen machen nur einen kleinen Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen insgesamt aus, dennoch ist die Bilanz beeindruckend. Sie gehören häufig zu den renommiertesten und sichtbarsten Vereinigungen in den Ländern Osteuropas. Es gibt keine Quelle, die international vergleichbare, stringente Zahlen zu Frauenorganisationen bereitstellen würde. Folgende Daten vom November 2005 mögen darum zur Illustration dienen: Das slowenische Gleichstellungsbüro verzeichnet auf seiner Webseite ([www.uem-rs.si/eng/non.html](http://www.uem-rs.si/eng/non.html)) 26 Frauenorganisationen mit Schwerpunkten in den Bereichen Politik, Kultur und Beruf. Die Datenbank unter [www.feminismus.cz](http://www.feminismus.cz) verzeichnet 70 tschechische und 18 slowakische Frauenorganisationen mit den Schwerpunkten Arbeit und Beruf, Gesundheit und Elternschaft sowie Beratung. Das polnische Fraueninformationszentrum zählt mittlerweile 369 Frauenorganisationen ([www.oska.org.pl](http://www.oska.org.pl)), die vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeit, Gesundheit, Gewalt sowie Recht und Beratung tätig sind. Ein weiteres Datenbank-Projekt der Ženska Infoteka aus Kroatien ([www.rewindnet.org](http://www.rewindnet.org)) verzeichnet Frauenorganisationen aus 14 Ländern, etwa Rumänien mit 52, Ungarn mit 30 und Kroatien mit 62 Organisationen. Die Schwerpunkte ähneln sich: es sind Bildung, Gewalt, Gesundheit und Beratung.

## 2. Frauenpolitisches Engagement

### 2.1 Zur Dynamik der frauenpolitischen Organisation

Zu Beginn der Systemtransformation war eine starke politische Organisation und ein wahrnehmbarer Protest von Frauen gegen ihre sich verschlechternde Situation (anders etwa als bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern im Schiff- oder Bergbau) zunächst ausgeblieben. Es gab keine (erinnerte) Tradition der unabhängigen Organisation von Fraueninteressen und dafür auch keine Legitimität – die sozialistische These des Nebenwiderspruchs wirkte unbewusst weiter. Es bestand ein Zerrbild vom Feminismus, zugleich erwiesen sich westliche Themenkonjunkturen und -theoreme als sehr kontextbedingt. Zum Beispiel wurde die im Westen so präsenste Politisierung des Gewalt- und Unterdrückungspotenzials persönlicher Beziehungen als Entwertung dieser so wichtigen und hochgeschätzten Privatsphäre wahrgenommen. Das Versprechen der Befreiung durch Erwerbsarbeit erschien den dreifachbelasteten osteuropäischen Frauen aus eigener Erfahrung als hohl. Doch durch den anhaltenden Dialog zwischen Wissenschaftlerinnen aus Ost und West wurden die Prämissen westlicher feministischer Politik reflektiert und kontextualisiert, wodurch eine theoretische Emanzipation der Osteuropäerinnen möglich wurde (vgl. Jalušič 1994, Wallace 1995). Schließlich waren die alten Frauen-Transmissionsriemen-Organisationen beim größten Teil der Bevölkerung diskreditiert.

Generell kann man sagen, dass sich Organisationen dort am ehesten entwickelten, wo bereits vor 1989 Austausch und Diskussionszusammenhänge über feministische Themen bestanden hatten – ein Beispiel ist hier Slowenien, wo es gelang, feministische Theorien in Mainstream-Soziologie-Seminare zu »schmuggeln« (Rener 1996), oder Polen, wo 1980 das erste Seminar zu Feminismus an der Warschauer Universität stattfand und später Kontakt zu exilierten Kolleginnen gehalten wurde (Fuchs 2003: 75–77). Einen anderen wichtigen Entwicklungsschub erhielten Frauenbewegungen durch gesetzliche Verschlechterungen, insbesondere einem drohenden Abtreibungsverbot. Das können wir ab 1989 in Polen, aber auch ab 2001 in der Slowakei beobachten ([www.moznostvolby.sk](http://www.moznostvolby.sk), [www.prochoice.sk](http://www.prochoice.sk)). In der Slowakei wurde feministisches Gedankengut vor allem von Autorinnen, Literaturwissenschaftlerinnen und Philosophinnen popularisiert (vgl. Wöhrer 2004). Insbesondere das Projekt *Aspekt* ([www.aspekt.sk](http://www.aspekt.sk)) baute einen Referenzrahmen auf und bildete slowakischsprachige feministische Begriffe. Dies bildete eine Grundlage für die Koalition gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts. In Jugoslawien waren der Bürgerkrieg und die damit verbundene Gewalt gegen Frauen Anlässe frauenpolitischer Organisation, die den Charakter der Szene bis heute prägen.

### 2.2 Themen

Etwas pointiert würde ich sagen, dass die wichtigsten Themen der Frauenorganisationen Arbeit und Bildung sowie Körper und Gewalt sind. Es sind Themen, die sich aus Transformationserfahrungen herauskristallisiert haben. Fragen der Erwerbsarbeit, der Qualifikation und der Bildung/Weiterbildung werden zentral für wirtschaftliche Unabhängigkeit in den neuen Demokratien. Neben Hilfen für Erwerbslose entstehen Berufsverbände, BusinessWomen-Clubs und sogar Krankenschwesterngewerkschaften.

Körper und Gesundheit ist ein wichtiges Thema, was von vielen Brustkrebs-Selbsthilfegruppen über Initiativen zu Geburt und Elternschaft bis zu Pro-Choice-Organisationen reicht. Klein ist die Zahl der Organisationen, die gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution im engeren Sinne arbeiten. Auf dem Land ist jedes Ausbildungsprojekt für Mädchen Prävention gegen Frauenhandel. In Südosteuropa stellt sich die Situation ganz anders dar. Beeindruckend ist, dass Gewalt gegen Frauen und explizit häusliche Gewalt ein »Mega-Thema« ist, das überall bearbeitet wird und bei dem es Koalitionen mit nicht-feministischen Organisationen gibt. Vermutlich handelt es sich hier um ein Thema, das sich gut in einen gesellschaftlichen Bezugsrahmen von Law & Order, von Kriminalität bzw. präziser Kriminalitätsangst einfügt und akzeptiert wird. In Ungarn gab es 2004 eine große Anti-Gewalt-Kampagne, in der auch entsprechende Gesetzesänderungen gefordert wurden. In Polen tritt ein Gewaltschutzgesetz in Kraft, das Regionen wie Gemeinden verpflichtet, Aktionspläne gegen häusliche Gewalt in Kraft zu setzen, regelmäßig Bericht zu erstatten und dazu mit der Zivilgesellschaft zu kooperieren. Es enthält die Möglichkeit, mutmaßlichen Tätern das Betreten der (gemeinsamen) Wohnung und Kontakte zum Opfer zu verbieten (Dz. U. Nr. 180 Poz 1493). Häusliche Gewalt hat mittlerweile das Potenzial, zum öffentlichen Skandal zu werden wie Ende 2004 in Estland, als offenbar wurde, dass ein nationaler Fußballstar 20 Jahre lang seine Ehefrau misshandelt hatte (vgl. [www.rewindnet.org/reports.html](http://www.rewindnet.org/reports.html)).

Insgesamt überwiegt meiner Einschätzung nach ein Gleichheitsdiskurs gegenüber differenzfeministischen Positionen, der allerdings gegen einen weit im Alltag verbreiteten Biologismus antreten muss.

### 2.3 Strukturen

Ebenfalls pointiert würde ich formulieren, dass frauenpolitisches Engagement Orientierung und Empowerment bietet, Einflussnahme will und sich vernetzt.

#### *Orientierung und Empowerment*

Querschnittsthemen beziehungsweise Arbeitsmethoden der Frauenorganisationen sind häufig Beratung, Schulung und Information für Frauen und für eine breitere Öffentlichkeit. Über die eigenen Rechte zu informieren, kann

Frauen individuell und kollektiv stärken, sei es in persönlichen Beziehungen oder gegenüber dem Staat. Viele Organisationen, die sich schon früh gebildet haben und von ausländischen Stiftungen unterstützt werden, propagieren als erste auch neue Frauenbilder und -identitäten und können als Vorbild dienen. Zeitlich später entstehen viele kleinere NGOs lokal, häufig mit praktischen Zielsetzungen. Selbsthilfegruppen entstehen ab Mitte der 1990er Jahre – für sie ist es notwendig, dass überhaupt der Ansatz der Selbsthilfe legitim wird. Statt »schlagkräftiger« Dachorganisationen entstehen eher Service-NGOs und Informationszentren wie z. B. Ženska Infoteka in Kroatien (1992) und Ośka in Polen (1996), die Orientierung geben. Koalitionen mehrerer Organisationen sind möglich, sie entstehen ad hoc und themenspezifisch.

#### *Einflussnahme*

Es gibt zwar Frauenorganisationen, die vor allem karitativ oder sozialarbeiterisch tätig sind, doch häufig sind praktische und strategische Arbeiten – also die der Einflussnahme, der Propagierung neuer Identitäten – in einer Organisation miteinander verbunden, beziehungsweise häufig kooperieren »praktische« und »strategische« Organisationen. Beides erhöht die Glaubwürdigkeit in einem skeptischen Umfeld.

Schließlich ist die Verbesserung der politischen Repräsentation von Frauen nach und nach zum Thema geworden. Das lässt sich als Ergebnis eines kollektiven Lernprozesses interpretieren: Frauenorganisationen lernen aus ihren Aktivitäten und Bemühungen, dass ein zivilgesellschaftliches Engagement nicht ausreicht und dass es wichtig ist, die politischen Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Ein genuin osteuropäisches Beispiel sind die sogenannten »Frauenwahlkoalitionen«, die etwa seit 2000 entstanden sind, so in Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Litauen und Estland. »Erfunden« wurden sie 1997 von BaBe (»Be Active, Be Emancipated«, auch: »Weib«, www.babe.hr) in Kroatien. Diese rufen zur Nomination und zur Wahl von Frauen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit auf, denn mehrheitlich sind im Wahlrecht Möglichkeiten enthalten, die Wahllisten zu verändern. Sie fordern von Parteien eine klare Frauenmobilisierung und Quotenregelungen. Sie lancieren Wahlgesetzänderungen, die z. B. vom französischen Parité-Gesetz<sup>3</sup> inspiriert sind. Sie

3 Seit 2000 müssen in Frankreich alle Wahllisten der Parteien für die Regionalparlamente paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein. Der Frauenanteil ist in den Regionalparlamenten deshalb auf 47 % gestiegen. Für die Nationalversammlung und den Senat wird hingegen in Einerwahlkreisen nach dem Mehrheitswahlverfahren gewählt. Wenn eine Partei nicht gleich viele Männer wie Frauen nominiert, droht der Verlust eines kleinen Teils der staatlichen Parteisubventionen. Der Anteil der Frauen in der Nationalversammlung liegt bei 13 %. Dieser relative Misserfolg, mit gesetzlichen Mitteln eine patriarchale politische Kultur auszuhebeln, hat seinen Grund u. a. im französischen Parteiensystem. Die Parteien sind häufig lose Föderationen mit mehreren Fraktionen, die sich von Zeit zu Zeit neu formieren. Bei der parteiinternen Nomination für Wahllisten

schulen (angehende) Politikerinnen. Sie betreiben Öffentlichkeitsarbeit und formulieren geschlechterpolitische »Wahlprüfsteine« für die Kandidierenden. Sie waren manchmal recht erfolgreich, etwa in Polen oder der Slowakei. Nachhaltige Erfolge brauchen allerdings über mehrere Wahlen hinweg wiederholte Aktionen. In den letzten Jahren zeigt sich auch eine Bewegung aus der Zivilgesellschaft in die politische Gesellschaft. Feministische Aktivistinnen gehen in Parteien oder gründen diese, etwa die Grüne Partei in Kroatien (vgl. Funk 2006) oder in Polen, wo fast die gesamte feministische »Elite« mittlerweile ein grünes Parteibuch besitzt.

#### *Vernetzung*

Die Frauengruppen in Osteuropa haben sich früh regional und international vernetzt. Die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking erwies sich dabei als Anstoß, internationale Abkommen und Menschenrechtsdokumente für die Propagierung und Legitimierung von Frauenrechten in den eigenen Ländern einzusetzen und den so genannten Bumerang-Effekt zu nutzen: Haben Forderungen auf nationaler Ebene keinen Erfolg, so versucht frau, über den Umweg der EU oder internationaler Organisationen Druck auf nationale Regierungen auszuüben. Organisationen wurden Teil eines globalen Aktions- und Diskussionszusammenhangs. Sie erhielten Beobachterstatus bei der Commission on the Status of Women oder dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO und erarbeiteten Schattenberichte (zur Einschätzung im internationalen Maßstab vgl. das Schlusskapitel von Miethe/Roth 2003).

Zu den regionalen Netzwerken in Osteuropa zählen z. B. das NEWW – Network of East West Women (www.neww.org), das seit Anfang der 90er Jahre besteht und Organisationen aus fast 30 Ländern umfasst. Die Karat-Koalition (www.karat.org) wurde 1997 gegründet, um die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking zu propagieren und zu beobachten. Ursprünglich ein Zusammenschluss von Organisationen aus zwölf Ländern arbeiten mittlerweile 44 Organisationen aus 21 Ländern mit (Balkan, Osteuropa, GUS-Staaten).

Karat nahm regelmäßig Stellung zum Geschlechteraspekt der EU-Erweiterung und forderte nachdrücklich, die soziale Dimension der europäischen Integration zu stärken. Geschlechtergleichheit müsse eine wichtige Leitlinie ökonomischer Entscheidungen im Beitrittsprozess sein. Weit verbreitet ist auch die realistische Befürchtung, dass durch die jetzige Erweiterungsrunde Frauen weiter im Osten von der Entwicklung abgekoppelt werden, aus dem Blickfeld

müssen daher die verschiedenen Flügel berücksichtigt werden. Im Gegensatz zu bürokratischen Parteistrukturen ist ein informelles Patronagesystem für die Nominierungen kennzeichnend. Hier sind Frauen als Außenseiterinnen im Nachteil. Ein weiteres Kennzeichen ist die Ämterhäufung, die zur Bildung strategischer Netzwerke sehr wichtig ist, aber die Zahl potenziell vakanter Sitze verringert. Diese Faktoren erklären, warum Subventionsverzicht als das kleinere Übel gesehen wird. Vgl. Freedman 2004.



geraten und ohne Stimme bleiben. Ein wichtiger Schwerpunkt ist das Monitoring von EU-Politiken.

Frauenorganisationen der neuen Mitgliedsländer ist es mittlerweile gelungen, in die europäischen Interessenvermittlungssysteme integriert zu werden. Ein Beispiel dafür ist die Europäische Frauenlobby, kurz EWL. Die EWL wurde 1990 auf Initiative der Europäischen Kommission gegründet, die auch 80% des Budgets stellt. Sie vereint 2.700 Dachorganisationen, d.h. nationale Dachverbände können der EWL beitreten. Sie ist die größte Frauen-NGO auf europäischer Ebene und hat ein Quasi-Monopol, ist aber nicht unbedingt repräsentativ. Die EWL arbeitet zu »nicht-kontroversen« Themen, z.B. gegen alle Formen der Gewalt, für eine bessere politische Repräsentation, gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigungspolitik. Sie hat wichtige Lobbyarbeit geleistet etwa beim Gender Mainstreaming in der europäischen Verfassung und bei zahlreichen Richtlinienvorschlägen der Kommission. Erst seit 2003 ist eine Mitgliedschaft bei der EWL auch für Organisationen aus Kandidatenländern möglich. In den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten außer Slowenien bestehen mittlerweile nationale Frauenlobbies. Es wurden keine Dachorganisationen gegründet, sondern die offene Form eines »Kooperationsprotokolls« benutzt: Die nationale Frauenlobby tritt der EWL bei, und Organisationen können sich jederzeit dieser nationalen Lobby anschließen. In Polen wurde kurzfristig diskutiert, ob es gut sei, eine eigene ostmitteleuropäische Plattform von Frauenorganisationen zu gründen. Frau entschied sich dagegen, um die Kluft zwischen Ost und West nicht noch zu akzentuieren. Dem polnischen Koordinierungsrat wurde aufgetragen, auch Themen in die Frauenlobby einzubringen, die dort bisher nicht Thema sind, nämlich Gesundheit einschließlich reproduktiver Gesundheit, Frauen auf dem Land sowie die Rechte nationaler und sexueller Minderheiten. Für eine Integration neuer Mitglieder wäre es sicher wichtig, dass deren Themen ebenfalls aufgegriffen werden. Nicht nur polnische Aktivistinnen würden sich freuen, wenn das restriktive Abtreibungsrecht in ihrem Land am Pranger stünde – sondern vielleicht auch solche aus Irland und Portugal.

### 3. Ausblick

Stärkt das Engagement von Frauen nun die Zivilgesellschaft und damit die Demokratie? Ja, und zwar insbesondere aus folgenden Gründen: Frauenorganisationen übernehmen, sofern sie nicht rein karitativ arbeiten, eine Vermittlungs- und Kommunikationsfunktion von mehr oder weniger konkreten Fraueninteressen, die nicht hegemonial sind. Organisationen bilden durch ihre Arbeit soziales Kapital bei den Beteiligten, so etwa gegenseitiges Vertrauen oder Einsicht in die Notwendigkeit von Verhandlung und Kompromissen. Organisationen verteidigen individuelle Grundrechte, wenn sie etwa mit Bera-

tung und Schulung Frauen auf ihre Rechte hinweisen und ihnen helfen, diese durchzusetzen. Das gilt m.E. auch für Bestrebungen, Abtreibungsverbote zu verhindern oder rückgängig zu machen, also sich für das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper einzusetzen. Frauenorganisationen propagieren Gewaltfreiheit. Indem sie gegen häusliche Gewalt aktiv werden, treten sie für ein staatliches Gewaltmonopol nicht nur auf der Straße, sondern an jedem Ort ein. Hier möchte ich anfügen, dass keine der frauenbewegten Organisationen in Osteuropa nationalistisch agiert hat und sich viele aktiv gegen chauvinistische, zerstörerische und rassistische Entwicklungen in ihren Ländern gewehrt haben (vgl. Funk 2006). Gewaltfreiheit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen, damit eine Zivilgesellschaft funktionieren kann, damit sie »zivil« ist. Dass NGOs und Frauenorganisationen im besonderen »Schulen der Demokratie« (Tocqueville) seien, weil in ihnen demokratische Verhaltensweisen und Verfahren eingeübt werden, kann mit Blick auf die Praxis des Vereinslebens so allgemein nur eingeschränkt gelten. Sicherlich haben sie aber einen positiven Effekt auf die politische Sozialisation, indem sie zeigen, dass sich verschiedene Fraueninteressen organisieren lassen und sich kollektives Handeln lohnt. Frauen haben verschiedene politische und soziale Handlungsmöglichkeiten.

Konkret politisch sind wir gefragt, »Wachhündinnen« zu sein, um eine französische Initiative zu paraphrasieren ([www.chiennesdegarde.org](http://www.chiennesdegarde.org)): Die Politik der Europäischen Union ist konservativer geworden. Frauen- und Gleichstellungspolitik wird, wie befürchtet, auf der Agenda nach unten gedrückt und Gender Mainstreaming häufig nicht umgesetzt (für die Beschäftigungspolitik vgl. Thiel 2006). Die wirkliche Implementation der Gleichstellungsrichtlinien in den neuen Mitgliedsstaaten wird nicht überprüft. Wenn es Besorgnis erregende Ereignisse in den neuen Mitgliedsstaaten gibt, etwa Demonstrationsverbote für »Paraden der Gleichheit und Toleranz« (für gleichgeschlechtliche Lebensformen) in Polen, hat das alte Argument, dies könne sich schlecht auf die Beitrittsverhandlungen auswirken, keine Wirkung mehr. Andere Wege und Mittel der Skandalisierung sind nun gefragt. Was wir brauchen, ist eine immer wieder herzustellende Verständigung über Gemeinsames und Verbindendes, damit wir auf dieser Basis mit Ruhe und Respekt Trennendes und Kontroverses ausdiskutieren können.

### Literatur

- Dz. U. Nr. 180 poz 1493: *Ustawa o przeciwdziałaniu przemocy w rodzinie* [Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt]. Warszawa 2005.
- Freedman, Jane (2004): »Increasing Women's Political Representation: The Limits of Constitutional Reform.« – In: *West European Politics* 27, No. 1, S. 104–123.

- Fuchs, Gesine (2003): *Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess*, Reihe Politik der Geschlechterverhältnisse 21, Frankfurt/M.: Campus.
- Fuchs, Gesine/Hinterhuber, Eva-Maria (2003): »Demokratie von unten? Unverfasste politische Partizipation von Frauen in Polen und Russland«, in: *Osteuropa*, No. 5. S. 704–719.
- Fuchs, Gesine/Hoecker, Beate (2004): »Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten vor den Europawahlen«, in: *Eurokolleg* Nr. 49. Bonn (verfügbar unter [www.gesine-fuchs.net/dokumente/euro-kolleg49-2004.pdf](http://www.gesine-fuchs.net/dokumente/euro-kolleg49-2004.pdf)).
- Funk, Nanette (2006): »Women's NGOs in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union: The Imperialist Criticism«, *femina politica* 15 (1) – forthcoming.
- Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia (2003): *Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung. Politische Partizipation von Frauen und Männern*, Berlin: [www.fu-berlin.de/gpo/index.htm](http://www.fu-berlin.de/gpo/index.htm), verfügbar am 20. Juli 2005
- Gumkowska, Marta/Herbst, Jan (2005): *Podstawowe fakty o organizacjach pozarządowych. Raport z badania 2004*, Warszawa: Klon/Jawor. [www.badania.ngo.pl](http://www.badania.ngo.pl), verfügbar am 10. November 2005.
- Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hrsg) (2004): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*. Band II: *Die Beitrittsstaaten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jalušič, Vlasta (1994): *Reasons for anti-feminist views in Central and Eastern Europe and ways of changing them*, [www.sigov.si/uzp/city/antifem.html](http://www.sigov.si/uzp/city/antifem.html), verfügbar am 10. Juli 1998.
- Miethe, Ingrid/Roth, Silke (Hrsg) (2003): *Europas Töchter: Tradition, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa*, Opladen: Leske + Budrich.
- Rener, Tanja (1996): »Women's Studies in Slovenia«, in: *European Journal of Women's Studies*, Vol. 3, S. 167–171
- Thiel, Anke (2006): »Zwischen Lissabon und Tallinn – Europäische Beschäftigungsstrategie und Frauenerwerbstätigkeit nach der EU-Osterweiterung«, in: *femina politica* 15, No. 1, S. 20–34.
- Wallace, Claire (1995): »Eine Westfeministin geht in den Osten«, in: *Transit*, No. 9. S. 128–145.
- Westle, Bettina (2001): »Politische Partizipation und Geschlecht«, in: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, S. 131–168. Opladen: Leske + Budrich
- Wöhler, Veronika (2004): *The tradition of literature within slovak women's organizations and gender studies*, o. O., [www.aspekt.sk/cit.php](http://www.aspekt.sk/cit.php), verfügbar am 10. November 2005.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (Hrsg.) (2004): *Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-Organizations Work*, Wiesbaden: VS.

## Die Partizipation von Frauen im politischen Establishment Kroatiens

Dunja Melčić

Die Verbesserung der Partizipation von Frauen am politischen Leben eines Landes ist ein legitimes Ziel politischen Handelns. Doch darüber hinaus kann der Grad der politischen Partizipation von Frauen in Institutionen, bei Regierungsgeschäften und in der Öffentlichkeit als Indikator für die Modernität einer Gesellschaft angesehen werden. Betrachtet man die Entwicklungen einer Gesellschaft aus frauenpolitischer Perspektive, so wird sich darin die politische Reife der Gesellschaft insgesamt widerspiegeln; auch können phänomenologische Beschreibungen bestimmter politischer Errungenschaften oder Strukturen des Systems ihrerseits Rückschlüsse auf die allgemeine Lage und rechtliche Position der Frauen in Gesellschaft und Staat ermöglichen.

Entlang dieses Grundgedankens möchte ich im Folgenden einige Entwicklungsstränge der letzten Jahre in Kroatien unter besonderer Berücksichtigung der Frauenproblematik nachzeichnen.

### Der aufhaltsame Prozess der politischen Partizipation

In den turbulenten Ereignissen der Auflösung des sozialistischen Vielvölkerstaats Jugoslawien Ende der 1980er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, in der mühsamen Gründungsphase des kroatischen Staates und während des Krieges 1991–1995 wurden frauenrelevante Fragen und Themen an den Rand gedrückt.

Erst zehn Jahre später nach Ablösung der zehnjährigen Alleinherrschaft der Partei von Franjo Tudjman (HDZ) Anfang 2000 konnte ein markant positiver Fortschritt gerade in Bezug auf die Teilnahme von Frauen am politischen Geschehen verzeichnet werden. Die Wahl wurde von einer von den Sozialdemokraten angeführten Koalition aus sechs Parteien gewonnen. Bei den Sozialdemokraten waren Frauen seit geraumer Zeit am stärksten beteiligt; auch die zweitstärkste Partei in der Koalition, die Liberalen, hatte ihre Reihen von Anfang an für Frauen geöffnet, und so beteiligten sie sich kontinuierlich an der Gestaltung der liberalen Politik. Die HDZ blieb zwar die stärkste Fraktion im Parlament, konnte aber nicht die Regierung stellen. Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen stieg auch der Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus von 8% auf rund 20% an. In der neuen Regierung gab es dann allerdings nur vier Ministerinnen und nach einer Kabinettsumbildung wohl zum ersten Mal in der Geschichte der Region zwischen Alpen und Adria vom Juli 2002 bis Dezember 2003 eine Verteidigungsministerin, die Sozialdemokratin Željka Antunović.